

Die fünf Lebenslügen nationaler Politik

Von Ulrich Beck

Frankfurter Rundschau, 12.11.2010

Und warum im globalen Zeitalter ohne transnationale Kooperationen jede Gestaltungsfähigkeit verloren geht. Nicht das Ziel – die Selbstermächtigung der Politik durch die Erfahrung der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg – ist das Problem; es ist der Weg dorthin.

Eine erste Lebenslüge – man könnte sie die Lebenslüge der globalisierten Welt nennen – kommt in dem Satz zum Ausdruck: „Niemand kann gegen die Märkte Politik machen.“ Dieses Diktum Joschka Fischers war exemplarisch für das Selbstverständnis der politischen Klasse in den vergangenen beiden Jahrzehnten. Die Politiker betrachteten sich als Getriebene in einem vom global agierenden Kapital dominierten Machtspiel. Es handelt sich hierbei in einem doppelten Sinne um eine Lebenslüge der unpolitischen Unschuld.

Zum einen wird unterschlagen, dass die politische Klasse durch ihr Agieren die angebliche HandlungsOhnmacht selbst herbeigeführt hat: Sie hat die Regeln der globalisierten Märkte auf nationaler Ebene als „Reformpolitik“ durchgesetzt. Auf diesem Weg erzeugte sie das angeblich nicht länger zu beeinflussende „Globalisierungsschicksal“. Merke: Das globale Kapital erlangt nur dann seine „unantastbare“ Macht, wenn die Politik aktiv ihre Selbstabschaffung betreibt.

Zum anderen dient die selbstverschuldete Ohnmacht der Politik als Ausrede, um den mit den in den Alltag der Menschen hineinschlagenden, globalen Risiken wachsenden Handlungsdruck abzuwehren und die sich eröffnenden weltinnenpolitischen Handlungsmöglichkeiten nicht zu nutzen. Das Argument ist so gestrickt: Da es keine globalen politischen Antworten auf Globalisierungsfolgen gibt, ja nicht einmal geben kann, geht gar nichts!

Lebenslüge der globalisierten Welt

Allerdings existiert auch die strategische Option, das skizzierte Argument genau andersherum zu wenden: Politiker wecken dann Erwartungen, deren Unerfüllbarkeit eigentlich allen bekannt ist. Vor einem G20-Gipfel fordert man etwa (auf die Innenpolitik schiehend) lautstark eine irgendwie geartete globale Finanzmarktsteuer, wohl wissend, dass diese keine Durchsetzungschance hat.

Die Devise: „Es geht alles nur global – und deshalb geht gar nichts!“ erlaubt also die gezielte Entkoppelung von Reden und Handeln. Je unerreichbarer das verkündete Ziel, desto unbedenklicher kann man drauflos fordern, sich als Vorkämpfer des globalen Guten, Schönen und Notwendigen profilieren – ohne Furcht, sich die Finger schmutzig machen zu müssen. Die Rhetorik des Aufbruchs geht hier eine (un)heimliche Ehe mit der Verteidigung des Status quo ein.

So macht es dann Sinn, wenn sich die deutsche Bundesregierung die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer, einer Art Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, auf ihre Fahnen schreibt, ohne an deren Einführung auch nur entfernt zu glauben.

Das angebliche Nichtstunkönnen wird allerdings widerlegt durch die weltweit koordinierte „Große Politik“ (Nietzsche) der Rettung „systemrelevanter“ Banken und der Einrichtung von Hilfsfonds für vom Bankrott bedrohte Staaten. Die in Anbetracht des sich selbst katastrophisch gefährdenden Kapitalismus an den Tag gelegte „Überhandlungsfähigkeit“ der Staaten spricht dem unpolitischen Selbstverständnis Hohn.

Die permanente Aufstockung immer phantastischerer Zahlen, das Verschwinden riesiger Summen, die ursprünglich nie vorhanden waren, im Nichts führen zu einer Entwertung der Politik durch ihre Überhöhung. Auch wenn die „Rettungspakete“ nicht das Ergebnis politischer Koordination waren, vielmehr losen Absprachen und einzelstaatlichen Egoismen folgten, so zeigte sich hier zumindest einen Weltaugenblick lang der politische Mehrwert, der (mobilisiert durch die Abwendung wahrgenommener Menschheitsgefahren) das politische Handeln selbst in den ansonsten so zähen, so widerständigen, so krisengeschüttelten nationalstaatlichen Arenen geradezu raketenartig beschleunigen kann.

Nicht das Ziel – die Selbstermächtigung der Politik durch die Erfahrung der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg – ist das Problem; das Problem ist der Weg dorthin: das Überwinden der nationalen Ontologie.

Nationale Lebenslüge

Die nationale Lebenslüge basiert auf der Annahme, es könne in der real existierenden Weltinnenpolitik eine Rückkehr zur nationalstaatlichen Idylle geben. So erklingt überall das Klagelied: Europa ist eine gesichtslose Bürokratie, Europa zersetzt die Demokratie, Europa untergräbt die Vielfalt der Nationen. An dieser Kritik mag vieles richtig sein, falsch wird sie, wenn sie vom Grundsatz ausgeht: Ohne Nation keine Demokratie. Nach dieser nationalstaatlichen Logik gilt: Ein postnationales Europa muss ein postdemokratisches Europa sein. Das wiederum heißt: je mehr EU, desto weniger Demokratie.

Diese Argumentation ist aus einer ganzen Reihe von Gründen falsch – und man kann an ihr zugleich recht anschaulich die Borniertheiten des nationalen Blicks freilegen. Erstens verkennen ihre Verfechter, dass der Weg zu einem demokratischen Europa nicht identisch sein kann mit dem der nationalen Demokratien. Selbst der Begriff der Demokratie muss, als Maßstab für die EU, ein anderer sein.

Die EU besteht aus demokratischen Staaten, ist aber kein Staat im herkömmlichen Sinne. Damit wird zweitens fraglich, ob sich die für den modernen Staat entwickelten Demokratiemodelle auf die EU übertragen lassen oder ob zur demokratischen Legitimation europäischer Politik nicht andere, postnationale Ansätze erdacht werden müssen.

Beides (die Verabsolutierung des nationalstaatlichen Demokratiebegriffs und die Tatsache, dass der historische Sonderweg zur Demokratisierung Europas verkannt wird) hat seinen Grund in der nostalgischen, das Nationale verabsolutierenden Lebenslüge. Hierzu gehört auch die Inbrunst, mit der das Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung angepriesen wird, ein Politikkonzept, das ganz und gar der keynesianischen nationalen Wohlfahrtspolitik verhaftet ist.

Die weltinnenpolitische Lage bedarf eines „Keynes II“, der „Keynes I“ weltinnenpolitisch überwindet. Dieser neue Meisterdenker müsste eine Theorie der ökologisch sensiblen, hochinnovativen, gemischten Ökonomie entwickeln, die den Horizont des globalen Marktplatzes ins Zentrum stellt.

Neoliberale Lebenslüge

Eng mit der nationalen ist die neoliberale Lebenslüge verbunden. In der Ära nach dem Kalten Krieg ist die neoliberale Globalisierung zur entscheidenden normativen und politischen Kraft in der Weltinnenpolitik geworden. An den Altären des allmächtigen Marktgottes wird immer wieder das Versprechen erneuert, dass alle, die sich den Geboten des Weltmarktes unterwerfen, mit irdischen Reichtümern gesegnet werden. Letztlich beansprucht der Neoliberalismus, der bessere Sozialismus zu sein, weil es mit Hilfe des Weltmarktregimes (und nur mit dessen Hilfe) gelingen soll, nicht nur national, sondern global die Armut abzubauen und eine gerechtere Welt zu schaffen.

Allerdings werfen globale Risiken (Klimawandel, Finanzkrisen, Terrorismus, aber auch die Vulkanaschewolke oder das Öldesaster im Golf von Mexiko) die Ordnung über den Haufen, die die neoliberale Koalition von Kapital und Staat hervorgebracht hat. Globale Risiken ermächtigen Staaten und zivilgesellschaftliche Bewegungen, da sie neue Legitimationsquellen und Handlungsoptionen zum Vorschein bringen; sie entmächtigen andererseits das globalisierte Kapital, da die Konsequenzen von Investitionsentscheidungen nun unübersehbare und existenzbedrohende globale Risiken schaffen.

Wie und wie sehr die neoliberale Weltveränderungsutopie sich als Lebenslüge entpuppt hat, wird nicht zuletzt am „Konvertiteneffekt“ deutlich: Selbst diejenigen politischen Parteien und Regierungschefs, die vor der Finanzkrise die Normen der „guten Haushaltsführung“ (niedrige Inflation, ausgeglichener Haushalt, Abbau von Handelshemmnissen und Devisenkontrollen, maximale Freiheit für das Kapital, minimale Regulierung des Arbeitsmarktes und ein schlanker anpassungsfähiger Staat, der seine Bürger zur Arbeit drängt) als „Reformziele“ propagiert haben, verkünden nun innenpolitisch und außenpolitisch, wofür Oskar Lafontaine, der ehemalige SPD-Finanzminister in der Regierung Schröder, gezeißelt wurde, nämlich die Notwendigkeit, dem global agierenden Finanzkapital ein Regulierungskorsett aufzuzwingen.

Neomarxistische Lebenslüge

Paradoxerweise ist die neomarxistische Lebenslüge die pechschwarze Zwillingschwester der neoliberalen. Ausgerechnet die schärfsten Kritiker des globalen Kapitalismus werden zu Apologeten des neoliberalen Weltmarkt-Staates. Auch sie sehen eine Selbsttransformation des (Wohlfahrts-)Staates, aber eben ausschließlich im Sinne der Selbstanpassung staatlicher Politik an die Dominanz des Weltmarktes, was letztlich auf die Selbstabwicklung der Politik hinausläuft. Allerdings bewerten Neomarxisten und Neoliberale die so entstandene Weltlage genau entgegengesetzt.

Die Weltwirtschaft sprengt den nationalökonomischen Machtbehälter, erzwingt die Öffnung der Grenzen und erobert den so sich öffnenden, weltinnenpolitischen Machtraum. Dass aber dieser Schock für alle Akteure diesseits und jenseits des Nationalen auch neue Handlungsfelder, -ressourcen und -möglichkeiten eröffnet – diese Option kommt im neomarxistischen Blickfeld nicht vor.

Verkannt werden so auch Spannungen und Spaltungen, die im globalen Kapitalismus aufgebrochen sind. Ich meine damit nicht nur den Weg in einen grünen Reformkapitalismus, vielmehr den Aufstieg eines neuen Kapitalismus mit asiatisch-pazifischen, lateinamerikanischen Varianten und Einfärbungen. Dieser ist mehr und mehr zur Systemalternative zur gebrochenen westlichen Selbstherrlichkeit geworden. Aus der Perspektive der sich entwickelnden Länder ist die Weltlage gekennzeichnet durch:

- eine Machtverschiebung zugunsten der sich entwickelnden Länder (die sich z. B. auch in ihrer Teilnahme am neuen G20-Gipfel niederschlägt);
- eine Verschiebung des Schwerpunkts der weltökonomischen Machtgeographie vom Atlantik zum Pazifik;
- die schleichende Entmonopolisierung des US-Dollars als globale Leitwährung zugunsten einer Bündelung verschiedener Währungen und bilateraler Währungsabkommen;
- die wachsende Bedeutung der Süd-Süd- und Ost-Süd-Kooperation zur Lösung wirtschaftlicher Probleme; und nicht zuletzt
- den Verlust an moralischer Autorität und Vorbildlichkeit des alten euro-amerikanischen Zentrums.

Eine den Politikbegriff transnational erweiternde und erneuernde Linke ist nirgendwo in Sicht.

Technokratische Lebenslüge

Gehen die bisher thematisierten Positionen von einer Minimalisierung der politischen Optionen aus, sucht die technokratische Position unter dem Eindruck der Menschheitsgefahren die Maximalisierung des politischen Handlungsraumes. Kein Zweifel, Klimaforscher sind großartige Realisten, aber gesellschaftlich und politisch oft Idealisten, weil sie alle Menschen für kleine Klimaforscher halten und infolgedessen nicht verstehen können, warum ihre apokalyptischen Modellrechnungen nicht sofort das dringend gebotene Gegenhandeln auslösen.

So kommt es zur technokratischen Lebenslüge. Denn in der Welt des Homo oecologicus wird das Primat der Demokratie zweitrangig, und die durch Klimawandel und Klimapolitik erzeugten Ungleichheiten geraten zur Nebensache. Hier droht der Kurzschluss von den schaurig-schönen Bildern schmelzender Eiskappen zur Notwendigkeit einer Art Notstandsexpertokratie, die das Weltgemeinwohl gegen die nationalen Egoismen und Demokratievorbehalte im Überlebensinteresse aller durchsetzt.

Die drei Komponenten – Antizipation der Menschheitskatastrophe, das Zeitkorsett und die sichtbare Unfähigkeit der Demokratien zu entschiedenem Handeln – führen dazu, dass halbunausgesprochen Wolfgang Harichs Vision vom „starken, hart durchgreifenden Zuteilungs-“ sowie „asketischen Verteilungsstaat“, also ökodiktatorische Modelle, durch die Köpfe gerade der Engagiertesten geistern. Damit stellt sich die Schlüsselfrage: Wie wird Demokratie in Zeiten des Klimawandels möglich? Oder noch schärfer: Warum ist die Weiterentwicklung der Demokratie eine *conditio sine qua non* für eine Kosmopolitik des Klimawandels?

Die technokratische Lebenslüge setzt den ökodiktatorisch durchgreifenden Nationalstaat voraus. Wie aber zwingt ein Nationalstaat den anderen Nationalstaaten den Ökokonsens auf? Durch Kriege? Durch eine Weltökodiktatur? Spätestens hier wird erkennbar, dass die technokratische Lebenslüge nicht nur die Werte der Demokratie und Freiheit negiert, sondern letztlich wirkungslos, ja kontraproduktiv ist.

Die Konsequenzen aus alledem: Die Politik des Unpolitischen funktioniert nicht mehr unpolitisch. Und es führt kein Weg an der Einsicht vorbei, dass die nationale Politik im globalen Zeitalter nur in Formen transnationaler Kooperation (EU!) gestaltunfähig wird und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann (vielleicht).